

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Teilzeitung: Nachrichten Dresden.
Hauptrediger: Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachgelehrte: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Bautzen bei täglich zweimaliger Auflösung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 75.— M., vierfachjährlich 75.— M.

Die einfache 32 von drei Zeilen 5.— M., auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsnummern, 10 Pfennige M. u. Verhältnisse 25.— M., Vorsprungseite kostet 10 Pf. Wissend. Kostige geg. Vorsussegoth. Einheitspreis d. Vorabendblattes 1 M.

Schriftleitung und Hauptredakteur:
Marienstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichhardt in Dresden.
Postleitzahl: 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") gestattet. — Unverlangt eingeschickte Werben nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Morgans Reparationsvorschläge.

Herabsetzung der Reparationen auf 2½ Milliarden Pfund.

London, 17. Mai. Der politische Berichterstatter der "Westminster Gazette" schreibt: Dem Berliner Morgan, der seit von New York nach Europa unterwegs sei, werde in finanziellen und politischen Kreisen mit großem Interesse entgegengesehen. Morgan soll mit endgültigen Vorschlägen kommen, die bei der Reparationsfrage von grohem Rang sein und dazu beitragen würden, daß eine der Hauptursachen der Streitigkeiten zwischen England und Deutschland beseitigt würden.

Ein bekannter Bankier der City hat dem Berichterstatter der "Westminster Gazette"

die Vorschläge Morgans

folgendermaßen gesehen:

Zunächst müsse eine Vereinbarung zwischen den Alliierten geschlossen werden, um den augenblicklichen Reparationsbedarf auf eine vernünftige Summe herabzulegen. Es würden 2½ Milliarden Pfund als solche Summe angesehen, wobei noch in Ansatz geladen werden müsse, was Deutschland bereits bezahlt habe. Dies habe unter Abschluß des abbereiteten Staatsvertrages Sir Robert Horne auf 200 Millionen Pfund Sterling veranlaßt. Auf dieser Grundlage dürfte Deutschland, wie angenommen werde, in der Lage sein, den Anwarts- und Amortisations-Betrag für seine Schulden auszubringen. Wenn Deutschland eine Auseinanderhaltung einhält, müsse es bereit sein,

Voraussetzung

in Gestalt eines Plandrechtes auf die Zölle zu geben. Es müsse außerdem eine Abmachtheit, wie z. B. die Eisenbahnen, für die Bezahlung seiner Zinsen dienen, und zuletzt allmählich der Endpunkt von Papiergebundeneinheiten. Zum "Westminster Gazette" wurden 2 bis 3jährige Zeitfristen genannt. (B. T. P.)

Paris, 17. Mai. Bei der für den 21. Mai in Brüssel angelegten Konferenz der Bankiers aus den alliierten Ländern, aus Deutschland, Holland und Amerika wird Morgan als Führer der Amerikaner eine Erklärung abgeben, daß sich die amerikanischen Banken nur dann an der Anleihe für Deutschland beteiligen könnten, wenn die Alliierten die endgültige Zustimmung abgebe, daß sie in Zukunft kein militärisches Gebiet befehligen werden. Morgan erklärt, die gegenwärtige Lage des Geldmarktes in den

Vereinigten Staaten sei einer Aufnahme der deutschen Auslese sehr günstig; wenn die nötigen Garantien gegeben werden, sei ein Erfolg sehr wahrscheinlich. Die "Times" befürchtet, daß bei den Verhandlungen der Bankiers das ganze Reparationsproblem außer Acht gelassen würde, da kein Erfolg vertretendes Programm aufgestellt werden könnte, ohne die endgültige Verpflichtung Deutschlands festzulegen und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu regeln.

Die Reparationsverhandlungen in Paris.

Dubois verlangt härtere Belastung der deutschen Industrie.

Paris, 17. Mai. Der "D. Allg. Anz." wird aus Paris gemeldet, die beiden schwierigsten Fragen, worüber die Russen geiste sind, bilden nach wie vor die Steuererhöhung und die Finanzkontrolle. Frankreich lehnt eine Finanzkontrolle in der Form ab, wie sie von Dr. Hermes vorgeschlagen wurde. Bezieltlich der Steuerfrage verzerrt Dubois den Standpunkt, daß Deutschland seinen Handel und seine Industrie sowie in erster Linie die Finanzinstitute schwerer belasten müßte. Von den arbeitenden Schichten sei nichts mehr zu holen. Die Kapitalflucht in Deutschland sei auch in der letzten Zeit nicht energetisch genug unterbunden worden. Eine weitere Verhinderung Frankreichs bilde nun immer die Entwicklung Deutschlands. Die Angrenzende befindet sich zurzeit in den Händen militärischer Sachverständiger, die in den nächsten Tagen verschiedene Einsichten abgeben werden, damit in den kommenden Verhandlungen auch hierüber beraten werden kann. — Am Anschluß an die Zahlung von ungefähr 50 Millionen Goldmark als zweite monatliche Teilzahlung, die Deutschland nach den Beschlüssen der Reparationskommission am 21. März zu erfüllen hatte, wird bemerkt, daß infolge des gegenwärtigen Ausyles der Wert dieser Zahlung von ungefähr 50 Millionen Goldmark in Wirklichkeit sogar etwas höher 50 Millionen ausmache.

Paris, 17. Mai. "Chicago Tribune" schreibt: In der Abhandlung der französischen Antwort auf die Washingtoner Note über die französischen Kriegsschulden bei Amerika, die sehr sorgfältig ist, sei plötzlich eine Veränderung eingetreten. Wahrscheinlich werde der Anteilshantshalt der Reparationskommission, der am 24. d. M. in Paris zusammentritt, eine Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen vorschlagen.

Die Kriegsschuld der Entente.

Ein klassischer Zeuge für die Kriegsschuld der Entente.

Aus den Memoiren Conrad v. Hötzendorf.

Wie uns unser Wiener Mitarbeiter berichtet, sich der vormalige österreichisch-ungarische Generalstabchef, Feldmarschall Freiherr v. Conrad, in einem Wiener Verlage ieben den zweiten Band seiner Memoiren erscheinen. Man erfährt aus ihm viel interessante Neuigkeiten, die um die Zeit von 1906 bis 1914 fallen, und die sich hauptsächlich um den Tripolis-Feldzug Italiens und um den ersten Balkankrieg gruppieren. Von vornherein spricht der stark kriegerische Geist Conrad's in die Augen, der mit Unterstützung des damaligen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand, alles daran setzte, Kaiser Franz Joseph an einem Präventivkrieg gegen Italien zu bewegen. Seinen diesen Krieg aber stemmte sich mit aller Macht der damalige Außenminister Graf Aehrenthal, sowie

die sprichwörtliche Friedensliebe Franz Josephs,

der entgegnete: "Meine Politik ist eine Politik des Friedens. Tiefer meiner Politik müssen sich alle annehmen. In diesem Sinne führt mein Minister des Äußeren meine Politik. Es ist ja möglich, daß es in diesem Kriege kommt, auch wahrscheinlich. Er wird aber erst geführt werden, bis Italien uns angriff." So war es auch in der Tat, aber damals war es bereits zu spät.

Interessant ist es, daß Conrad unbrauchbaren versucht, doch stellen sich während der Annexionsträume im Frühjahr 1906 den Krieg gegen Österreich-Ungarn vorbereitet. Die kurze Zeit daran für die Mobilisierung der italienischen Armee gegen Tripolis verwendeten Einberufungsformulare waren nur überklebt, während sich der sprachliche Entwurf auf die Einberufung gegen Österreich besann. Und doch wird man kaum Conrad v. Hötzendorf einen "Kriegsbewerber" im landläufigen Sinne bezeichnen dürfen. Denn jeder Generalstabchef müßte schließlich nervös werden, hätte er

die regsame militärische Spionage Italiens miterlebt, wie sie damals in Österreich betrieben wurde und hätte er den Unterminierungen in Südtirol gegenübergestanden, wie sie damals die italienische Heeresleitung betrieb. Dennoch aber mußte sich Conrad den schwersten Anwürfen seitens Aehrenthals aussetzen, der nicht einmal von österreichischen Besitzungen in Südtirol etwas wissen wollte, weil Besitzungsarbeiten mit Recht als unverständliche Angelegenheit angesehen werden müssen.

Hochinteressant sind zwei Details, die das Memoiren-

Brücken des italienischen und rumänischen Bundes-

genossen von den Mittelmächten bringt. Als Ende 1912 Conrad in einer Spezialkommission nach Rumänien geschickt wurde, um in Bukarest die Bildung eines gemeinsamen militärischen Vorgehens Rumäniens mit Österreich-Ungarn im Falle eines Krieges gegen Rußland vorzubereiten, da erklärte damals schon der rumänische Ministerpräsident Majorescu, Rumänien werde nur bei einem Angriff auf die Monarchie feindlicher und sozialistisch nicht kommen; Conrad vermutete, daß sich Rumänien bei einem Angriff von Seite der Monarchie hierzu nicht veranlaßt sehen würde. Also schon bei Begegnen des Königs Carol war Rumänien unfeind geworden. Um dieselbe Zeit erhielt Conrad, wie er erzählt, ein Schreiben des italienischen Militärratschefs in Wien, Oberstleutnant Alberici, worin ihm dieser mitteilte, Italien werde im Falle eines Krieges nicht in der Lage sein, die italienische Armee so, wie es vereinbart worden war, nach dem Rhein zu senden. Conrad gab die Mitteilung mit einer bitteren Bemerkung nach Berlin an General v. Möller weiter, wo man sich über den Alliierten jenseits der Alpen noch immer Illusionen hingab. Zum Beweise, wie ganz

die Schuld am Weltkriege

bei den Gegnern der Monarchie zu suchen ist, beruft sich Conrad auch auf die Altkennerveröffentlichungen des serbischen Diplomaten Bogicevic; der vom 8. September 1911 datierte Vertrag des serbischen Reichsverteidigers Grutti in London an den serbischen Minister des Äußeren Miloševic enthält die bezeichnende Stelle:

"Sowohl Frankreich wie auch seine Nachbarn haben der Ansicht, daß der Krieg — selbst um den Preis größeres Opfer — auf spätere Zeit, das ist auf die Jahre 1914 bis 1915, verschoben werden müsse. Die Notwendigkeit dieses Aufschubes erhebt weniger die materielle Kriegsbereitschaft Frankreichs, welche vollendet ist, als die Organisierung des Oberkommandos, welche noch nicht beendet ist. Diese Kritik ist auch für England erforderlich. Hierzu wird nur England keinen Nutzen haben, weil sich seine Flottenmacht gegenüber der deutschen mit jedem Jahr verringert."

Conrad's Memoirenwert ist gerade zur rechten Zeit erschienen, es ist ein prächtiger Kommentar zum Prozeß über die Eisenerischen "Schuldenentlastungen", die bekanntlich von einem, angeblich im Juli 1914 geborenen Kriegspläne der Mittelmächte so viel Aufhebens machten, während es unmehr feststeht, daß schon im Jahre 1912 von Seite der Gegner ein bestimmt Kriegsplan ausgearbeitet war.

Amerikas Ablehnung ein Mißverständnis?

Eine Nebenrichtung Noiacares.

Paris, 17. Mai. Noiacares überreichte gestern die Briefevertreter durch die Mitteilung, daß Amerikas Antwort scheinbar auf einem Mißverständnis beruhe und deshalb eindeutig nicht als letztes Wort der Vereinigten Staaten zu betrachten sei und daß Frankreich an den Verhandlungen im Haag teilzunehmen gedenke, falls das Parlament damit einverstanden sei. Es handle sich keineswegs um eine Fortsetzung der Konferenz von Genf, sondern nur um Nachberatungen, an denen ausschließlich Sachverständige teilnehmen sollen. Diplomatische Vertreter würden nicht zu diesen Beratungen nach dem Haag entsandt werden, es sei denn, daß die als Sachverständige mit der Behandlung bestimmter Fragen betraut seien. Eine Zustimmung Amerikas erscheine nach Auflösung des Jurums nicht ausgeschlossen.

Paras meldet aus Washington, man erkläre im Weißen Haus, daß die amerikanische Note die Tür für weitere Verhandlungen offen lasse. "Paris" meldet aus Genf: In der morgigen Vollzügung der Konferenz wird Lord George keine große Rolle spielen, in der er mit Vorworten nach allen Seiten nicht irgendeum gehen werde, und in der an allen Stimmen, die ich zugezogen habe, bemerkbar machen, nun sehr offener Ausdruck geben werden.

Der Eindruck der amerikanischen Antwort.

Berlin, 17. Mai. Da den Russen die nötige Zeit für die Antwort gelassen werden muß, ist gestern in Genf der Tag der Plenarsitzung noch nicht festgelegt worden. Sie wird wahrscheinlich am Sonnabend stattfinden.

Nach Schluß der Sitzung der diplomatischen Unterkommission traten die Facke, Lord George und Child zusammen, um über die amerikanische Antwort zu sprechen. Es soll noch einmal versucht werden, einige der in der amerikanischen Note enthaltenen Bedenken zu zerstreuen, doch heißt man in den Delegationstreffen wenig zuverlässig auf einen Erfolg dieses Schrittes. Die Antwort an Amerika wurde in den späteren Abendstunden noch einmal zur Sprache gebracht, doch ist man übereingekommen, sie nicht eher abzuschicken, bevor nicht ein endgültiger Bescheid der russischen Delegation über Annahme oder Nichtannahme der Einladung nach dem Haag vorliegt.

Wie aus London gemeldet wird, haben diesmal die Begleiter Lord Georges und der Konferenz von Genf, vor allem Lord Northcliffe, Übermuster und tun ihr Bestes, um Verstärkung zu verbreiten. Außerdem wird dem "B. T." aus Genf gemeldet: jedenfalls mache die amerikanische Note den Eindruck, daß sie eine unüberträgliche Menge neuer Schwierigkeiten anhängt. Zu einem aussichtsreichen Notenwechsel sei kaum Zeit, und er könnte im Kreise der einladenden Mächte neue Konflikte herbeiführen. Trotzdem würden die Engländer mit ihrer ganzen Fähigkeit und Geduld versuchen, dem ersten Schritt weitere Folgen zu lassen, die irgendwie über diesen neuen Punkt hinausführen. Aus Paris wird gemeldet, der "Intransigent" mölle wissen, daß Paris dem Beispiel Washington folgen und ebenfalls der Haager Konferenz fernbleiben werde.

Todesurteil gegen den Mörder des Feldmarschalls v. Eichhorn.

Eine Terrorgruppe der Sozialrevolutionäre in der Ukraine.

König, 16. Mai. Wie aus Charcot gemeldet wird, hat der soeben begonnene Prozeß des obersten Gerichtes der Ukraine gegen den Sozialrevolutionären Poischutinski einwandfrei die Schuld der Sozialrevolutionäre an der Ermordung des deutschen Feldmarschalls v. Eichhorn in Kiew erwiesen. Poischutinski hat eingestanden, daß sich eine Kompanie der Sozialrevolutionären im Sommer 1918 gebildet habe, um durch Terrorfälle die deutsche Herrschaft in der Ukraine zu erschüttern und die Bergjagung der Deutschen aus dem Lande herbeizuführen. Gleichzeitig hat der ebenfalls zu den Sozialrevolutionären gehörige Blumkin aus demselben Grunde in Moskau den Nord-Poischutinski wurde zum Tode verurteilt.

Reichsarbeitsminister Brauns über Sozialpolitik.

Die Rahmendokumente der Berliner Schriftsteller.

Berlin, 17. Mai. Der Geheimenrat über Tendenzmaßnahmen für Militärreformer gibt an einen Abschluß — Die zweite Lesung des Gesetzes des Reichsarbeitsministers wird fortgesetzt. Der Hauptrahmen fordert einheitliche Grundsätze für alle Arbeitergemeinden, ferner Erhöhung der Leistungen der Wohlfahrt.

Reichsarbeitsminister Brauns führt aus: Das Arbeitsministerium werde durch Vorwürfe über allzu große Geschäftstätigkeit sich nicht beeinflussen lassen. Es habe die Abhängigkeit der Sozialpolitik von Wirtschaft und Staatsfinanzen gewissen Grenzen nicht beobachtet.

Die sozialen Errungenchaften und Fortschritte würden dazu dienen, Arbeitnehmer und Staat besser miteinander verwachsen zu lassen, als das früher leider der Fall war. Auch die Wirtschaft werde von der gegenwärtigen sozialen Reform Nutzen ziehen. Die Leistungen und die Arbeitsfreude seien bei uns gewachsen und steigen hinter anderen Ländern schnell auf. Doch der soziale